

## BERLINER EINBLICKE

Der Newsletter von Heribert Hirte – für Sie



### Berliner Einblicke #25

Mitte Juli 2015



#### Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Wie sagte es Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble neulich noch auf dem Evangelischen Kirchentag in Stuttgart? „Wir können die Probleme mit Griechenland nicht auf den lieben Gott schieben. Da müssen wir uns schon selbst anstrengen.“ Und tatsächlich, die Anstrengungen um die Strapazen der griechischen Staatsschuldenkrise waren in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause hier im Deutschen Bundestag deutlich spürbar. Ob sich die Bemühungen lohnen, Griechenland zu helfen, darüber lässt sich streiten. Fakt ist, eine Woche nach Beginn der offiziellen Sommerpause erwarten wir am Freitag eine Sondersitzung in Berlin. Sie haben es selbst gehört, die Euroländer einigten sich am Wochenende mit Griechenland auf einen Weg zu einem neuen Hilfsprogramm. Es wird nun an uns, den Mitgliedern des Deutschen Bundestages, liegen, ob wir uns diesem Plan entgegenstellen oder „den Weg frei machen“ für ernsthafte Verhandlungen. Wer mir auf Facebook und [Twitter](#) folgt, der weiß, dass ich mich momentan täglich zu dem Thema äußere und der Meinung bin, dass die griechische Regierung von Links- und Rechtsextremen gescheitert ist. Jegliche neue Zugeständnisse von Tsipras' Seite reichen nicht mehr aus, weil der Staatsrat, das oberste Gerichts Griechenlands, sie wieder kippen könnte. Diese Problematik habe ich auch gegenüber der [Presse](#) in der vergangenen Woche deutlich gemacht. Mit Sicherheit werde ich mich auch in den kommenden Tagen und Wochen weiterhin öffentlich dazu äußern.

Doch nicht nur Griechenland war in den vergangenen Sitzungswochen Thema im Deutschen Bundestag; unter anderem haben wir auch das Gesetz zur Umsetzung einer europäischen

Bilanzrichtlinie verabschiedet. Gerade weil es kein Gesetz ist, dem die geballte mediale Aufmerksamkeit geschenkt wird, nähern wir uns diesem Thema einmal im NAHBLICK. Die Debatte um die Sterbehilfe werden Sie schon eher mitverfolgt haben, meine Einstellung dazu ist im SEITENBLICK erläutert. Einer der besonderen AUGENBLICKE der Woche war der Besuch S.H. Filaret II. im Stephanuskreis, wo wir über Lösungsmöglichkeiten des Ukraine-konflikts sprachen.

Nun freue ich mich darauf, bis auf die kommende Sitzung in Sachen Griechenland mehrere Wochen Berlin fernbleiben zu können, auch um in Köln Gespräche über das zu führen, was ich für meinen Wahlkreis in der Hauptstadt bewirken kann. Dabei sind Sie ganz besonders angesprochen! Denn nach zwei Jahren meiner Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag ist es an der Zeit eine Halbzeit-Bilanz zu ziehen. Lassen Sie uns ins Gespräch kommen, gemeinsam einen Blick zurück werfen und Ziele für die zweite Halbzeit der Wahlperiode erörtern. Wer mag, kann sich den **18. August** abends schon einmal im Kalender vormerken. Die genauen Eckdaten geben wir noch rechtzeitig bekannt.

Bevor ich mich und Sie nun endgültig mit diesen Berliner Einblicken in die Sommerpause schicke, möchte ich eines nicht unerwähnt lassen: Die Probleme mit Griechenland können wir sicher nicht allein in die Hände Gottes legen, das mag sein. Doch nach der traurigen Nachricht vom viel zu frühen und unerwarteten Tod Philipp Mißfelders werde ich meine Wünsche für seine Frau und die zwei kleinen Kinder guten Gewissens in Gottes Hand legen und seine Familie fest in meine Gebete mit einschließen.

In diesem Sinne einen hoffentlich erholsamen und glücklichen Sommer, der Sie am **13. September** zur Wahlurne für Kölns neues Oberhaupt führen möge.

Herzliche Grüße  
Ihr



Heribert Hirte

---

## NAHBLICK

### Das Thema

---



### BIIRUG

Kein Gesetz kommt aus dem Bundestag so heraus, wie es eingebracht wurde – das gilt auch für das „Gesetz mit dem unvorstellbar langen Namen: „Gesetz zur Umsetzung der EU-Bilanzrichtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des

Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates“, im allgemeinen Bundestagsdeutsch kurz „BilRUG“ genannt. Der europäische Rechtsakt, welcher den Bundestag zu diesem Namensungetüm „zwingt“, wurde vor zwei Jahren vom Europäischen Parlament verabschiedet und muss bis zum 20. Juli 2015 umgesetzt werden. Der Bundestag konnte diese Frist mit seiner Entscheidung vom 19. Juni 2015 gerade noch rechtzeitig einhalten. Am 10. Juli 2015 war der Bundesrat dran, Bundespräsident Gauck muss sich mit seiner Unterschrift also beeilen, will sich Deutschland auch in dieser Angelegenheit EU-Rechts-konform verhalten. Der Bericht zum BilRUG des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz ist auf der [Homepage](#) des Deutschen Bundestags einzusehen.

Doch so sperrig und bürokratisch der Name auch klingen mag, Ziel der EU-Bilanzrichtlinie ist es, die bürokratische Belastung kleiner und mittlerer Unternehmen innerhalb der Europäischen Union abzubauen. So werden durch das Gesetz die Schwellenwerte angehoben, nach denen Unternehmen in die Kategorien „kleine, mittelgroße und große Kapitalgesellschaften“ eingeordnet werden. Darüber hinaus wird der Katalog der Mindestangaben im Anhang zum Jahresabschluss für kleine Kapitalgesellschaften reduziert und es werden Erleichterungen der Rechnungslegungsvorschriften auf sehr kleine Genossenschaften ausgeweitet. Außerdem haben die Abgeordneten im parlamentarischen Verfahren eine weitere Entlastung des Mittelstandes bei den Angabepflichten vereinbart. Einen Beitrag zur Korruptionsbekämpfung leistet das Gesetz zudem, indem Regelungen für Unternehmen des Rohstoffsektors und der Primärwaldforstwirtschaft aufgenommen werden, die Transparenz über Zahlungen an staatliche Stellen verlangen.

Wenn allerdings EU-Recht einerseits korrekt umzusetzen ist, andererseits die Richtlinie aber in vielen Fällen nicht deutlich genug ist, muss sich der deutsche Gesetzgeber eigene Gedanken machen. Und das hat Heribert Hirte als Mitglied im Rechtsausschuss in den vergangenen Monaten ausführlich getan und im Editorial der Fachzeitschrift [„Die Wirtschaftsprüfung“](#) darüber geschrieben: „Da die Option eines bewussten Richtlinienverstößes – gleich zu wessen Gunsten – aus naheliegenden Gründen ausschied, andererseits aber deutschen Unternehmen eine mögliche „günstigere“ Interpretation der Richtlinie auf EU-Ebene nicht vorenthalten werden soll, haben wir uns im Ausschussbericht für eine Klarstellung dergestalt entschieden, dass der Gesetzestext in allen diesen Fällen eine „gleitende Verweisung“ auf das zugrunde liegende EU-Recht darstellen soll. Das heißt: Ändert sich die Interpretation des EU-Rechts, etwa infolge eines Judikats des EuGH, aber auch in Form einer von der Kommission unbeanstandeten Auslegungspraxis in anderen EU-Staaten, „schlägt dies auf das deutsche Recht durch“. Darüber hinaus hat die Bundesregierung zugesagt, solche Änderungen der Auslegung – eigentlich nur klarstellend – durch „Anpassung des Gesetzestexts aufzugreifen.“ Abgesehen von diesem eher allgemeinen, aber zahlreiche Einzelfragen betreffenden Problem haben die Mitglieder des Rechtsausschusses gegenüber dem Regierungsentwurf des Gesetzes aber vor allem noch die folgenden wesentlichen Punkte ergänzt: So wird fortan unter anderem klargestellt, was ein Mutterunternehmen tun muss, damit sein Tochterunternehmen auf einen ausführlichen Jahresabschluss verzichten kann (§ 264 HGB-neu). Zudem wurde genauer geregelt, was in der Bilanz zu tun ist, wenn man als Mutterunternehmen zwar „weiß“, dass man von seinem Tochterunternehmen einen Anteil des Gewinns bekommt, dieses Tochterunternehmen aber noch nicht formal über die Dividende entschieden hat – mit anderen Worten: Dürfen Sie etwas als Gewinn verbuchen, wenn noch nicht formal entschieden wurde, dass Sie Geld erhalten werden, Sie aber wissen, dass der andere definitiv so entscheiden wird (§ 272 Abs. 5 HGB-neu).

Auf einen weiteren Punkt, der nicht unmittelbar mit der Richtlinienumsetzung zusammenhängt, wies Prof. Dr. Klaus-Peter Naumann vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) die Mitglieder des Ausschusses in der [Sachverständigenanhörung zu dem Gesetz am 22. April 2015](#) hin. Heribert Hirte berichtet auch darüber in seinem Artikel für die Verbandszeitschrift des IDW: „Für langfristig fällige Verbindlichkeiten, insbesondere für Altersversorgungsverpflichtungen, müssen Unternehmen im Jahresabschluss Rückstellungen bilden. Diese Rückstellungen sind nach § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abzuführen. Dabei gilt: Je niedriger der Abzinsungszinssatz ist, desto höher sind die erforderlichen Rückstellungen. (Stellen Sie sich einfach vor, wie viel Geld Sie heute auf die Bank legen müssten, damit Sie zum Renteneintritt mit Zinsen beispielsweise einen Betrag von 10.000 EUR auf dem Konto haben.) Die über Jahre andauernde Niedrigzinsphase führt daher bei den betroffenen Unternehmen zu übermäßig hohen Rückstellungen. Bei dem hierfür bislang zugrunde gelegten Sieben-Jahres-Zeitraum wurde davon ausgegangen, dass sich ein hinreichender Glättungseffekt einstellen würde. Aufgrund der außergewöhnlichen aktuellen Marktverhältnisse und vor allem der nicht vorhersehbaren, seit vielen Jahren andauernden Phase niedriger Marktzinsen sind zwischenzeitlich allerdings Zweifel an dieser Annahme entstanden. Denn die Betrachtung über den Sieben-Jahres-Zeitraum wird bei dem derzeitigen niedrigen Zinsniveau den Abzinsungszinssatz weiter sinken lassen und dadurch den Umfang der Rückstellungen weiter erhöhen. Das ist für die Unternehmen gewinnschmälernd und belastet unabhängig davon das bilanzielle Eigenkapital. Vor allem lässt es die Bereitschaft zur Einräumung neuer Betriebsrentenzusagen sinken. Wir haben daher eine angemessene Verlängerung des Bezugszeitraums für die Ermittlung des Durchschnittszinssatzes geprüft, wobei diese erforderlichenfalls mit einer Gewinnausschüttungssperre zu verbinden wäre. Hierdurch könnten die mit dem weiteren Absinken des Durchschnittszinssatzes verbundenen bilanziellen Belastungen von Unternehmen abgemildert werden. Da mögliche Querbezüge zu anderen Rechtsbereichen, insbesondere dem Steuerrecht, in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht mit Sicherheit zu klären waren, haben wir die Frage zum Gegenstand einer gesonderten EntschlieÙung gemacht, in der wir die Bundesregierung auffordern, uns kurzfristig einen entsprechenden Regelungsvorschlag vorzulegen.“

„Die Anreize für Betriebsrenten müssen verbessert werden“ schrieb Heribert Hirte zusammen mit der rechtspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Elisabeth Winkelmeier-Becker, in der gemeinsamen [Pressemitteilung](#). Freilich eine Nachricht, die nicht lange brauchte, um von den Medien, wie unter anderem der Seite [Boerse-go.de](#) aufgegriffen zu werden. Zuvor hatte die FAZ das Thema bereits behandelt und mich dabei zitiert. Der Artikel ist nur in der Printausgabe der Tageszeitung erschienen. Auf [Facebook](#) können Sie die Zitate aber nachlesen.



### „Bei der Debatte im Bundestag habe ich Gänsehaut bekommen.“

Das sei ihm so noch nie passiert, gesteht der Tagesschau Journalist Martin Mair in seinem [Kommentar](#) über die Plenardebatte zur Sterbehilfe Anfang Juli: Gänsehaut bei einer Plenardebatte hatte er und findet dafür lobende Worte: „Bravo - rufe ich unseren Politikern zu. Was da zwei Stunden über Sterbehilfe im Parlament gesagt wurde, verdient größten Respekt. Frei von irgendwelchen Parteizwängen, Plattitüden oder politischem Geschacher ging es nur um die Sache: Wie soll das aussehen - selbstbestimmtes Sterben? Was wollen wir, wenn der Punkt kommt, an dem wir sagen: Ich kann nicht mehr. Dürfen Ärzte uns dann helfen, das Leben zu beenden? Sind sie willkommene Erlöser oder Handlanger des Todes?“ Für diese offenen Fragen Regelungen zu formulieren, diese Aufgabe nannte Bundestagspräsident Norbert Lammert vor wenigen Monaten noch „das vielleicht anspruchsvollste Gesetzgebungsprojekt dieser Legislaturperiode.“ Vier verschiedene Gesetzentwürfe stehen inzwischen zur Diskussion. Die Vorschläge reichen von einem völligen Verbot bis hin zu einer geregelten Freigabe von Beihilfe zum Suizid.

Den [Auftakt der Plenardebatte](#) gab der Fuldaer CDU-Parlamentarier Michael Brand, mit dem Heribert Hirte und weitere Abgeordnete mehrerer Fraktionen einen gemeinsamen [Gesetzentwurf](#) vorgelegt hatten. Dieser regelt das Thema Suizidbeihilfe in moderater Weise. Darin schlagen die Abgeordneten vor, jeglichen organisierten oder geschäftsmäßig assistierten Suizid unter Strafe zu stellen. Angehörige und nahestehende Personen, die als Teilnehmer selbst nicht geschäftsmäßig handeln, sollen straffrei bleiben dürfen. Auch Angela Merkel hat sich diesem Gesetzentwurf angeschlossen. Vor wenigen Tagen sagte sie bei der Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises von CDU und CSU: „Lebensfreude kann man auch haben, wenn man schwach ist. Und wir sollten sehr, sehr vorsichtig sein, irgendwie zu definieren, ab wann irgendetwas nicht mehr menschenwürdiges Leben ist.“ Noch hat sich der Deutsche Bundestag für keinen endgültigen Entwurf entschieden, Sie dürfen also gespannt sein auf weitere Debatten nach der Sommerpause.

## Deutschsprachige Gemeinschaft in Belgien: Erfolgreichstes Modell für modernen Minderheitenschutz in Europa



v.l.n.r.: Dr. Michael Schwarz, Prof. Dr. Heribert Hirte MdB, Gruppenvorsitzender Patrick Schnieder MdB, Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB, Dr. Daniela De Ridder MdB, Christine Schmatloch

Die Deutsch-Belgisch-Luxemburgische Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages, der auch Heribert Hirte angehört, hatte in ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause Besuch von [Hartmut Koschyk MdB](#). Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten berichtete über sein Gespräch mit Vertretern der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien. Die knapp 77.000 Einwohner zählende Deutschsprachige Gemeinschaft bewohnt in der Nähe Aachens einen Teil des Gebiets, das 1920 in der Folge des Versailler Vertrages von Deutschland an Belgien abgetreten wurde – mit dem Hauptort Eupen. Sie gilt heute als eines der erfolgreichsten Modelle für modernen Minderheitenschutz in Europa. Deshalb hat sich die Parlamentariergruppe mit der Frage beschäftigt, inwiefern diese guten Erfahrungen in Ostbelgien auch auf an-

dere Gebiete übertragbar sind, in denen nationale Minderheiten nicht genügend Schutz genießen. Schließlich – da waren sich alle Beteiligten einig – komme Minderheiten in Grenzregionen bei den Beziehungen zwischen angrenzenden Staaten eine Schlüsselrolle zu. Als eher kleinere Gruppierungen würden sie bei praktischen Fragen von Anfang an auch überregionale Lösungsansätze suchen und einbeziehen. Dieses habe bei vielen Minderheiten zu einer Weltoffenheit geführt, von der Europa insgesamt nur profitieren könne. Heribert Hirte ist auch im Europaausschuss der zuständige Berichterstatter für die Benelux-Länder, beschäftigt sich also regelmäßig mit der Region und hob deshalb bei dem Treffen der Parlamentariergruppe noch einmal hervor, wie wichtig die enge Zusammenarbeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien mit den deutschen Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sei.

Das Gespräch schlossen die Vertreter der Parlamentariergruppe und der Bundesbeauftragte Koschyk bereits mit einer Verabredung für einen neuen Termin: Nach der Sommerpause wollen sie die Deutschsprachige Gemeinschaft und auch die belgische Hauptstadt Brüssel gemeinsam besuchen, um das belgische Modell des Minderheitenschutzes besser kennenzulernen und aktuelle minderheitenpolitische Fragen mit den dortigen politischen Verantwortlichen zu diskutieren.

### Vorbildliche Ausbilder gesucht

Die Wirtschaftsjunoren vergeben in diesem Jahr wieder gemeinsam mit den Junioren des Handwerks und der INTER Versicherungsgruppe einen Preis an Unternehmen, Initiativen oder Schulen, die sich vorbildlich um die Ausbildung junger Menschen kümmern. „Ich bin sicher, dass es hier in der Region spannende Unternehmen und Initiativen gibt, die den Titel Ausbildungs-Ass 2015 verdienen“, sagt Heribert Hirte. „Ich kann deshalb nur dazu ermutigen, die Chance zu nutzen und sich um diese Auszeichnung zu bewerben.“

Bewerben können sich Unternehmen und Handwerksbetriebe, die sich in hohem Maße für die Ausbildung einsetzen, sowie Schulen und Institutionen in Deutschland, die an außer-, überbetrieblichen oder schulischen Initiativen mitwirken. Den Gewinnern winken Preisgelder in Höhe von insgesamt 15.000 Euro.

Bewerbungen sind online noch bis zum 31. Juli möglich, weitere Informationen gibt es unter [www.ausbildungsass.de](http://www.ausbildungsass.de)

### **Einladung zu Tagen der Begegnung in Berlin**

Junge Menschen im Alter von 18 bis 28 Jahren sind herzlich eingeladen vom 23. bis 25. September 2015 nach Berlin zu kommen. Unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Norbert Lammert finden im Deutschen Bundestag erneut die Tage der Begegnung statt - „die älteste fraktionsübergreifende Initiative im Deutschen Bundestag“, wie Lammert das Treffen nennt. Spitzenpolitiker, Journalisten, Wissenschaftler und Unternehmer denken über Glaube und Werte nach, unsere „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ und stellen sich der Diskussion mit den jungen Menschen. Die Tage der Begegnung in Berlin dienen dazu, einen authentischen Einblick in die Arbeit des Parlamentes und den Politikeralltag zu bekommen und sollen die universelle Verantwortung für die Gestaltung unseres Gemeinwesens deutlich machen. Die Anzahl der Plätze ist begrenzt. Nähere Informationen gibt es unter [www.tage-der-Begegnung.eu](http://www.tage-der-Begegnung.eu).

### **Glückwunsch an „Mittendrin! In Köln“**

Erneut darf sich Heribert Hirte über eine ausgezeichnete Initiative in seinem Wahlkreis freuen! Das Projekt „Mittendrin! In Köln“ erhält vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) eine Förderung von knapp zwei Millionen Euro für drei Jahre. Das Modellprojekt unterstützt schwerbehinderte arbeitslose Menschen durch intensive Begleitung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz. Angesichts der hohen Arbeitslosenquote von schwerbehinderten Menschen in Köln besteht nach Analyse des Jobcenters Köln dringender Handlungsbedarf – nicht nur in Köln. Damit sich langfristig die Erwerbsquote bei Schwerbehinderten auch bundesweit steigern lässt, begleiten Wissenschaftler das Modellprojekt, um wichtige Erkenntnisse für weitere Projekte daraus zu ziehen. Auch Heribert Hirte betonte in seinem Glückwunschschreiben an die Initiatoren: „Ich hoffe, dass diese Initiative im gesamten Bundesgebiet schnell Nachahmer findet.“

Weitere Informationen zu „Mittendrin! In Köln“ gibt es beim Jobcenter Köln [www.jobcenterkoeln.de](http://www.jobcenterkoeln.de).



## Die Medienschau

Angesichts der Tatsache, dass Evonik Industries und die Duisburger Hafen AG kürzlich den Ausbau des Hafens in Niederkassel-Lülsdorf angekündigt, berichtete der Kölner Stadt-Anzeiger in seiner Printausgabe vom 22. Juni 2015 auf Seite 23, dass „Teile der CDU und FDP den Ausbau des Godorfer Hafenbeckens ablehnen“. So wird der FDP-Fraktionschef Ralph Sterck mit den Worten zitiert: „Jetzt muss auch dem letzten Hafenbefürworter klar sein: Ein ausgebauter Godorfer Hafen in Steinwurfweite zum bedeutend größeren Evonik-Hafen in Niederkassel-Lülsdorf ist ein Millionengrab.“ Und auch für die Grünen sei die umstrittene Erweiterung „faktisch Geschichte“, schreibt das Blatt. Über Heribert Hirte's Haltung gegenüber dem Godorfer Hafen steht in dem Artikel: „Heribert Hirte, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Rodenkirchen, sagte, der Stadtrat ‚kann sich jetzt guten Gewissens von dem Vorhaben Godorfer Hafen verabschieden‘. Die gemeinsamen Pläne der Evonik Industries und der Duisburger Hafen AG machten, den Ausbau des Hafens im Kölner Süden endgültig überflüssig.“

Die [Kölnische Rundschau](#) berichtete einen Tag darauf ebenfalls über die Diskussion um ein weiteres Hafenbecken in Godorf und schrieb, dass die IHK sowie Wissenschaftler eine Zunahme im Güterverkehr prognostizierten, „während der Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Heribert Hirte (CDU) wegen der Bauvorhaben in Lülsdorf ‚überhaupt keine wirtschaftliche Notwendigkeit für ein weiteres Hafenbecken‘ sieht.“ Der Journalist Stefan Sommer kommentierte zuvor in der Rundschau den neu avisierten Hafenausbau in Niederkassel-Lülsdorf noch so: „Lülsdorf statt Godorf - das könnte die Lösung eines kommunalpolitischen Dauerbrenners sein.“ So ähnlich äußerte sich auch schon Heribert Hirte in seiner [Pressemitteilung](#).



„Seine Heiligkeit“ Filaret II. trifft auch ein Bundestagsabgeordneter nicht alle Tage, selbst wenn er Vorsitzender des Stephanuskreises ist. Und so war der Besuch des Patriarchen der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche Kiewer Patriarchat für Heribert Hirte tatsächlich ein besonderer Augenblick in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause. Neben dem Kirchenoberhaupt waren zehn weitere Vertreter von Glaubensgemeinschaften am 30. Juni Gäste im überkonfessionellen Gesprächskreis der CDU/CSU-Fraktion, um gemeinsam über die gegenwärtige Krise in der Ukraine zu sprechen. Eine Aussage des Vertreters der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche Moskauer Patriarchat ließ die Mitglieder des Stephanuskreises besonders aufhorchen: „Wir wehren uns entschieden gegen die Instrumentalisierung der Religion!“ Ein starkes Bekenntnis für den Zusammenhalt der unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften, die doch durch den politischen Kampf zwischen Russland und der Ukraine auseinander zu driften drohen – zumindest wussten davon leider bereits andere Vertreter aus der Ukraine bei einem voran gegangenen Treffen des Stephanuskreises zu berichten.





Zum Abschied in die Sommerpause lassen wir zwei unserer Praktikanten zu Wort kommen, die uns - ebenso wie weitere Praktikanten - im ersten Halbjahr 2015 ein paar Wochen begleitet und tatkräftig unterstützt haben. Diese Beiden hatten uns einen Bericht geschrieben, aus dem hier zwei kurze Auszüge folgen:

#### **Jonas Sterzenbach**

*„Ab 19.00 Uhr geht es erst so richtig los: Der Arbeitstag eines Bundestagsabgeordneten besteht nicht nur aus Fraktions-, Arbeitsgruppen-, Ausschuss- und Plenarsitzungen. Neben der Arbeit im Parlament besucht Herr Hirte zahlreiche Veranstaltungen, um sich über weitere Themen zu informieren und sich mit Verbänden und Interessengruppen auszutauschen. Ich hatte das Glück, selbst an einigen dieser Veranstaltungen teilnehmen zu können. So hatte ich die Gelegenheit Wolfgang Schäuble im Finanzministerium zu besuchen und an Diskussionsrunden mit Thomas de Maizière und Volker Kauder teilzunehmen. Ich persönlich habe es als Ehre empfunden, dass sich die politische Führung der Union trotz vollem Terminkalender Zeit für uns genommen hat.“*



Jonas Sterzenbach, Praktikant

#### **Elisabeth Lützenkirchen**

*„Die erste Woche meines Praktikums war eine Sitzungswoche und nach den ersten zwei Tagen hatte auch ich begriffen, dass es zwar einen Stundenplan gibt, das aber keineswegs bedeutet, dass dieser haargenau befolgt wird. Denn ein Abgeordneter bekommt nicht nur 10.000 Seiten Infomaterial am Tag, er wäre auch am besten immer an zehn Orten gleichzeitig. Für mich war es sehr interessant, die Vielfalt, die dieses Tätigkeitsfeld ausmacht, mitzuerleben und zu sehen, wie viele verschiedene Kompetenzen abgefragt werden: von der Beantwortung der Briefe über Protokolle für den Stephanuskreis und der Organisation einer Konferenz bis hin zum eigentlichen Kern, der inhaltlichen Arbeit für Arbeitsgruppe und Ausschuss – es wird nicht langweilig, denn „nach der Sitzungswoche ist vor der Sitzungswoche“.*



Elisabeth Lützenkirchen, Praktikantin

#### **Anschrift**

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-77830  
Telefax: 030 / 227-76830

Bürgerbüro Köln  
Aachener Straße 227  
50931 Köln

Telefon: 0221 / 589-86762  
Telefax: 0221 / 589-86765

#### **Email**

[heribert.hirte@bundestag.de](mailto:heribert.hirte@bundestag.de)

**Am Freitag, dem 17. Juli 2015**, besucht Heribert Hirte um 08:00 Uhr den Trauergottesdienst für Philipp Mißfelder MdB in der St.-Hedwigs-Kathedrale in Berlin. Um 10.00 Uhr findet dann die Sondersitzung des Deutschen Bundestages statt, um über weitere Finanzhilfen für Griechenland zu beraten. Nach dieser Außerplanmäßigen Sitzung heißt der wichtigste Termin für Heribert Hirte in den kommenden Wochen „Familienzeit“. Darüber hinaus stehen einige Gespräche in Köln an – natürlich auch mit Henriette Reker, die sich mit der Unterstützung der CDU am **13. September** für das Oberbürgermeisteramt in Köln zur Wahl

stellt. Interessant für Sie ist davor aber sicherlich noch ein anderes Datum: **Am Dienstag, dem 18. August**, lädt Heribert Hirte zu einer Halbzeitkonferenz in Köln ein. Gemeinsam mit Ihnen will er zurück blicken auf zwei Jahre Berliner Politikbetrieb und neue Ziele für die kommenden Zwei Jahre aufstellen. Eine gesonderte Einladung mit dem genauen Veranstaltungsort und der Uhrzeit folgt.

Die nächste Sitzungswoche in Berlin beginnt **am 7. September**. Bis dahin allen einen schönen Sommer!

Aktuelle Termine finden Sie auch auf Heribert Hirtes Homepage unter [www.heribert-hirte.de](http://www.heribert-hirte.de).

---

Copyright © 2013 Heribert Hirte. Alle Rechte vorbehalten.

Sie wollen diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann teilen Sie uns das bitte mit. Wir werden Ihre Daten umgehend aus diesem Verteiler löschen.

Wir behandeln Ihre Daten selbstverständlich vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.

Unsere Anschrift ist:  
Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Unsere Homepage-Adresse lautet:  
[www.heribert-hirte.de](http://www.heribert-hirte.de)